

1. Lesung zum Kreishaushalt 2022

In der Kreistagssitzung

am 10. November 2021

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren des Kreistags,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist leider immer noch von der Corona-Pandemie geprägt und eine Normalisierung lässt weiter auf sich warten. Der Staat hat Rekordschulden auf sich geladen, allein der Bund im vergangenen Jahr rund 275 Mrd. Euro. Und bis Ende des kommenden Jahres wird der Schuldenberg noch erheblich weiterwachsen, nach Prognosen auf insgesamt bis zu 470 Mrd. Euro. Ab 2023 greift dann wieder die Schuldenbremse. Gewaltige Summen, die zur Bewältigung der Pandemie erforderlich waren, die der Staat aber irgendwann auch zurückzahlen muss.

Gleichzeitig liegen aber ebenso gewaltige Summen noch vor uns. Denn Deutschland muss investieren. In die Infrastruktur, vor allem in den Umbau der Wirtschaft, damit diese Stück für Stück klimaneutraler produzieren kann. Von einem „Schicksalsjahrzent“ sprechen die einen, „Modernisierungsjahrzehnt“ nennen es die anderen. Egal wie man es nennt: Die Aufgaben wachsen während der finanzielle Spielraum schrumpft.

Wie hat nun der Landkreis die pandemiebedingten wirtschaftlichen und finanziellen Verwerfungen in diesem und im letzten Jahr verarbeitet? Wir haben es geschafft, das vergangene Jahr mit einem positiven Ergebnis von 15,8 Mio. Euro abzuschließen, das ist beachtlich. Nicht zuletzt auch dank der von Bund und Land geschnürten Rettungspakete. Trotz Lockdown und anderer Widrigkeiten haben wir unsere Aufgaben gut erfüllt. Wichtige publikumsintensive Bereiche wie beispielsweise unsere KfZ-Zulassungstelle waren durchgängig für den Kundenverkehr geöffnet. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben neben ihrer eigentlichen Arbeit zusätzliche Aufgaben übernommen, bei der Kontaktpersonennachverfolgung oder beim Aufbau und dem Betrieb unseres Kreisimpfzentrums. Das war wirklich ein großer Kraftakt für alle Beteiligten.

Gleichzeitig haben wir unser Investitionsprogramm weiter umgesetzt, auch auf unseren Baustellen wurde durchgängig gearbeitet. So konnten wir beispielsweise vor einem Jahr ohne nennenswerte Verzögerungen unser neues Verwaltungsgebäude Rollinstraße 15 beziehen.

Erinnern darf ich auch an die Tatsache, dass wir in der Lage waren, den schon vorher niedrigsten Kreisumlagehebesatz im Land für das Jahr 2021 nochmals deutlich um einen weiteren Prozentpunkt auf 24 Prozent zu senken. Eine Entlastung für unsere Städte und Gemeinden in diesem Jahr um immerhin 4 Mio. Euro. Damit setzen wir uns deutlich von allen anderen Landkreisen in Baden-Württemberg ab. Wir wissen auch, dass unsere Städte und Gemeinden diese Mittel dringend benötigen. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder betont, dass wir, Landkreis gemeinsam mit den Städten und Gemeinden, in einem Boot sitzen und wir deshalb auch immer in besonderem Maße deren finanzielle Situation berücksichtigen wollen. Das haben wir getan.

Auch in diesem Jahr erwarten wir ein akzeptables positives Jahresergebnis. Die finanzielle Ausgangslage des Landkreises ist nach wie vor sehr gut. Uns ist es deshalb gelungen, Ihnen auch für das kommende Jahr einen unveränderten Kreisumlagehebesatz von 24 Prozent

vorzuschlagen. Damit können wir bei Aufwendungen von insgesamt 280 Mio. Euro gerade noch einen kleinen Überschuss in Höhe von 1,2 Mio. Euro ausweisen. Zur Erinnerung: In der diesjährigen Finanzplanung haben wir ab dem kommenden Jahr eine Anhebung auf das alte Niveau von 25 Prozent prognostiziert.

Ich habe es bereits gesagt: Die Aufgaben wachsen, aber der finanzielle Spielraum sinkt. Wir leben hier im Landkreis Biberach auf keiner einsamen Insel, die sich gegen die Entwicklungen in Deutschland und in der Welt abschirmen kann. Deshalb beziehe ich diese Aussage ausdrücklich auch auf unseren Kreishaushalt des Jahres 2022.

Auch wir müssen sparen. Aber nicht an den falschen Stellen. Sparen heißt für mich: Ganz gezielt Prioritäten setzen und gleichzeitig unnötige Mehrausgaben vermeiden. Und ich bin überzeugt, dass uns dies mit dem jetzt vorgelegten Planwerk sehr gut gelungen ist. In diesem Kontext verstehe ich unter sparen auch immer die Rückbesinnung auf unsere ureigenen Aufgaben als Landkreis. Denn im komplexen Zusammenspiel zwischen Bund, Ländern, Kommunen und auch anderen Akteuren, beispielweise im Gesundheitsbereich, sind die Aufgaben und Zuständigkeiten klar definiert und abgegrenzt.

Diese Rückbesinnung ist wichtig, denn unsere eigenen Aufgaben, die wir gemeinsam zu bewältigen haben, stellen uns auch so vor große Herausforderungen. Soziales, Bildung, Digitalisierung, die verkehrliche Infrastruktur mit dem ÖPNV, der einen wesentlichen Beitrag zur Verkehrswende leisten soll möchte ich als große Aufgabenblöcke nennen.

Und über all diesen Aufgaben steht die zentrale Frage: Wie finanzieren wir das alles? Und egal wie man zu Finanzierungsfragen steht, geht es im Kern immer um 3 Möglichkeiten: Höhere Steuern oder Gebühren, neue Schulden oder einfach Wachstum. Entscheidend ist deshalb immer, dass unsere Unternehmen gesund und verträglich wachsen können. Das ist der Schlüssel zum Erfolg. Und klar ist uns allen, dass wir hier im Landkreis Biberach ganz besonders vom Wirtschaftswachstum profitiert haben. Das kann man anhand der Entwicklung der Steuerkraftsummen der letzten 10 Jahre deutlich erkennen. Unsere Steuerkraftsumme hat sich seit 2011 mehr als verdoppelt, auf jetzt 418 Mio. Euro. Da darin allerdings auch die einmaligen Gewerbesteuerkompensationen von Bund und Land enthalten sind, erwarten wir dann für das Jahr 2023 einen Rückgang um deutliche 10 Prozent.

Und es ist deshalb unser aller Aufgabe, mit dafür zu sorgen, dass die Rahmenbedingungen auch künftig hier im Landkreis gesundes und nachhaltiges Wachstum ermöglichen.

Dass wir Wachstum zur Finanzierung unserer Aufgaben dringend brauchen, wird bereits beim Blick auf die Entwicklung unserer Sozialleistungen deutlich. Jahr für Jahr geben wir mehr Geld für Sozialleistungen aus. Ja, die Sozialausgaben steigen ungebremst. Eine bundesweite Entwicklung, von der wir uns nicht abkoppeln können. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hat der Gesamtstaat 2020 insgesamt 14,4 Mrd. für Sozialleistungen ausgegeben, knapp 6,5 Prozent mehr als im Vorjahr. 2019 hatte der Anstieg 5,8 Prozent betragen.

Diese Entwicklung wird auch im Kreishaushalt sichtbar und sie setzt sich fort: Herr Dr. Schmid hat die Zahlen bereits genannt. Im nächsten Jahr erwarten wir eine Steigerung um 7 Prozent oder 5,2 Mio. Euro auf 80 Mio. Euro. Davon entfallen rund 60 Prozent auf die Eingliederungshilfe und hier sind die erwarteten Erstattungen des Landes von 2,7 Mio. Euro im Rahmen der Konnexität bereits berücksichtigt. Bis 2023 tritt das neue BTHG in mehreren Reformstufen in Kraft. Wie sich bei uns die Kosten dann tatsächlich entwickeln, hängt von der Umsetzung und Ausgestaltung des sogenannten Landesrahmenvertrages ab. Wir gehen aber davon aus, dass die künftig deutlich ausdifferenzierteren Leistungsangebote für die Hilfeempfänger auch zu deutlich höheren Aufwendungen führen werden.

Hier gilt das Konnexitätsprinzip, das ist unstrittig. Schwierig wird in der Praxis allerdings die Abgrenzung dieser Mehrkosten zu den „normalen“ Steigerungen, also aufgrund von Fallzahlen- und Tarifsteigerungen in diesem Bereich. Diese gehen voll zu Lasten des Kreishaushalts.

Wenn ich gerade von Konnexität spreche, passt die Überleitung zum ÖPNV/SPNV. Der ÖPNV mit den zahlreichen Verkehrsunternehmen wurde extrem hart von der Pandemie getroffen. Laut dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen gingen letztes Jahr die Fahrgastzahlen in Deutschland um bis zu 80 Prozent zurück und es entstand bei den Fahrgeldeinnahmen ein Verlust von 3,5 Mrd. Euro. Der DING-Verband beziffert seinen Schaden auf 9,5 Mio. Euro. Für 2021 werden Einnahmeverluste in ähnlicher Höhe prognostiziert.

Aber während wir noch mit der Abwicklung und Abrechnung der Hilfsmaßnahmen im Rahmen der Rettungsschirme für die Unternehmen befasst sind, wollen wir vor allem den Blick wieder nach vorne richten: Bekanntermaßen kommt dem Ausbau des ÖPNV bei der Erreichung der Klimaschutzziele eine zentrale Rolle zu. Diesen Ansatz verknüpft die Landesregierung mit dem Ziel, die Fahrgastzahlen in allen öffentlichen Verkehrsmitteln bis zum Jahr 2030 im Vergleich zum Jahr 2010 zu verdoppeln. Laut Koalitionsvertrag wird die Landesregierung dieses Ziel in den kommenden Jahren konsequent verfolgen, die Planungen darauf ausrichten, mit Maßnahmen unterlegen und sich mit zusätzlichen Landesmitteln an der Finanzierung der ÖPNV-Offensive beteiligen.

Diese ÖPNV-Ausbauziele erfahren in der Diskussion eine breite Unterstützung. Hinsichtlich der Finanzierung ist aber aus Sicht der Kommunen ausdrücklich zu betonen, dass die maßgebliche Finanzierungslast vom Land zu tragen ist. Und zwar bezogen auf die vorgesehenen Mindeststandards im Rahmen der Mobilitätsgarantie. Dies ist auch bei der Diskussion um den sogenannten Mobilitätspass zu berücksichtigen. Der Landkreis hat gegenüber dem Land sein Interesse bekundet, als Pilotlandkreis an landesweiten Modellrechnungen zur Mobilitätsgarantie und Mobilitätspass teilzunehmen. Beim Mobilitätspass kann es dabei nur um die Finanzierung von ÖPNV-Zusatzangeboten gehen, die über das Landesangebot hinausgehen.

Ein wichtiger Aufgabenschwerpunkt liegt auch in 2022 in der Umsetzung des Schulsanierungsprogramms. Sie wissen: Wir erhalten für die Sanierung unserer beruflichen Schulen, des Kreisgymnasiums in Riedlingen sowie der Schwarzbach-Schule bis zum Jahr 2023 Zuschüsse von insgesamt 10 Mio. Euro, die wir zielgerichtet einsetzen.

Nach den jüngsten Preissprüngen werden sich auch unsere Bezugspreise für Strom und Energie im kommenden Jahr deutlich verteuern, hier werden wir über die Änderungsliste nochmals nachsteuern müssen. Die bereits umgesetzten Energiesparmaßnahmen zahlen sich auf jeden Fall finanziell aus, weitere Maßnahmen werden folgen. Beispielhaft nennen möchte ich hier den Anschluss unserer Verwaltungsgebäude in der Rollinstraße an das Nahwärmenetz der Stadt Biberach, das auf den Weg gebrachte Energieliefer-Contracting in Riedlingen sowie die geplante Photovoltaikanlage auf dem Dach des Landratsamtes Rollinstraße 9.

Mit den veranschlagten EDV-Aufwendungen von 5,1 Mio. Euro setzen wir im schulischen Bereich die Maßnahmen des Digitalpakts weiter um, wir modernisieren im Rahmen unserer Digitalisierungsstrategie die IT-Infrastruktur und wir nehmen auch neue Projekte in Angriff.

Die kommunalen Landesverbände haben in einem gemeinsamen Positionspapier dargelegt, dass auch im kommenden Jahr ein hoher Finanzbedarf der baden-württembergischen Kommunen besteht. Unter Bezugnahme auch auf den Koalitionsvertrag der Landesregierung werden folgende Zielsetzungen und Schwerpunkte benannt:

- Schulträgerschaft im 21. Jahrhundert
- Kommunaler Investitionsfond „Zukunfts- und Klimaland Baden-Württemberg“
- Mobilität
- Verwaltungsdigitalisierung und
- Krisen- und Zukunftsfestigkeit der Krankenhäuser

Diese Zielsetzungen und Schwerpunkte finden auch in unserem Investitionshaushalt ihren Niederschlag. Das Investitionsvolumen für das Haushaltsjahr 2022 beträgt 21,2 Mio. Euro. Wichtige und nachhaltige Investitionen in unsere Bildungsinfrastruktur einschließlich Schülerwohnheim, die verkehrliche sowie die digitale Infrastruktur.

Mit dem Neubau des Schülerwohnheims in Biberach schaffen wir nicht nur den dringend benötigten Wohnraum für die Schülerinnen und Schüler des BSZ in den überregionalen Ausbildungsgängen, die dort angeboten werden. Wir schaffen damit auch die Grundlage für eine zielgerichtete bauliche Weiterentwicklung unserer Matthias-Erzberger-Schule und der Karl-Arnold-Schule.

Wirklich froh bin ich, dass uns mit der Einrichtung der Fachklassen für Verwaltungsfachangestellte an unserer Beruflichen Schule in Riedlingen eine deutliche und nachhaltige Stärkung des Schulstandortes gelungen ist. Mit der Erteilung des Architektenauftrags in der nächsten Sitzung des Kreistags wollen wir dann auch zügig und schwungvoll in die Planungen des Erweiterungsbaus der Schule einsteigen.

Die Themen im Gesundheitswesen begleiten wir weiterhin im Rahmen unserer Aufgaben als Landkreis. Im Finanzplanungszeitraum haben wir für unser Zentrum für Älterenmedizin neben dem gerade bis Ende 2023 beschlossenen Defizitausgleich Investitionsmittel für bauliche Maßnahmen eingestellt, damit wir auch handlungsfähig sind. Hier stehen in naher Zukunft auch wichtige Grundsatzentscheidungen an. Über unseren Eigenbetrieb „Immobilien der Kliniken“ in dem unsere Grundstücke und Gebäude der ehemaligen Kreiskliniken gebündelt sind, werden wir das alte Klinikgebäude in Riedlingen noch bis Ende 2024 betriebsfähig halten. In Biberach haben auf dem alten Klinikareal die Abbrucharbeiten im ersten Bauabschnitt begonnen. Zur Finanzierung der Abbrucharbeiten ist in 2022 eine Zuweisung an den Eigenbetrieb in Höhe von 2,5 Mio. Euro etatisiert.

Mit 6,8 Mio. Euro setzen wir im Straßenbereich unser ambitioniertes Investitionsprogramm entsprechend der Beschlüsse in den Gremien weiter um. Verschiedene Maßnahmen im Radwege- und Straßenbau hat Herr Dr. Schmid bereits benannt. Nach der Verständigung mit dem Land können wir jetzt mit Hochdruck am Projekt Aufstieg B 30 weiterarbeiten. Der LGVG-Förderantrag liegt bereits beim Land. Nachdem das Land einem 900 Meter langen Tunnel zugestimmt hat, möchten wir jetzt zügig in die Tunnelplanung einsteigen und einen Fachplaner beauftragen. Weiteres dazu im Ausschuss für Umwelt und Technik.

Nachdem das Bundesverkehrsministerium im Mai die Linienführung der Ortsumfahrungen im Zuge der B 312 entsprechend unserem Antrag bestätigt hat, werden wir jetzt in die nächste Planungsstufe einsteigen und die Entwurfsplanung ausarbeiten. Derzeit führen wir vor Ort bereits viele Gespräche, insbesondere mit den betroffenen Landwirten hinsichtlich des landwirtschaftlichen Wegenetzes.

Eine hohe, eine wachsende Aufgabenfülle verbunden mit einem hohen Finanzierungsbedarf, während die finanziellen Spielräume sinken. Es gibt Stimmen, die von der bis morgen stattfindenden Steuerschätzung eine gewisse finanzielle Entspannung erwarten.

Da passt gar nicht ins Konzept, dass sich die Stimmung in den Chefetagen der deutschen Unternehmen, gemessen im sogenannten Ifo-Geschäftsklimaindex, aktuell zum vierten Mal in Folge verschlechtert hat. In dieses Bild passt, dass führende Wirtschaftsinstitute ihre Konjunkturprognose für 2021 deutlich um 1,3 Prozentpunkte auf 2,4 Prozent gesenkt haben.

Es ist die Frage, wie lange bestehenden Lieferengpässe die Kapazitätsauslastung der Unternehmen hemmt. Für 2022 wird jedenfalls ein deutlich stärkeres Wirtschaftswachstum prognostiziert.

Sicher ist aber: Die Risiken, auch für den Kreishaushalt angesichts der angespannten unsicheren Situation nehmen zu. „Es ist nicht unsere Aufgabe, die Zukunft vorauszusagen, sondern auf sie gut vorbereitet zu sein“, so ein Zitat von Perikles. In diesem Sinne ist es uns aus meiner Sicht gelungen, Ihnen ein ausgewogenes und schlüssiges Planwerk vorzulegen, in dem sich Chancen und Risiken die Waage halten. Und das alles mit einem niedrigen Kreisumlagehebesatz und ohne Schulden. Und diesen Kurs mit unserer bewährten Finanzpolitik und einem niedrigen Hebesatz wollen wir gemeinsam auch in den kommenden Jahren fortsetzen.

Ich danke meinem Team und allen Kolleginnen und Kollegen, die in den letzten Wochen und Monaten wieder sehr intensiv an diesem Planwerk gearbeitet haben.

Ich freue mich auf die anstehenden Haushaltsplanberatungen mit Ihnen und bin sehr gespannt auf Ihre Bewertungen und Ideen.